

OFFENER BRIEF VOM 13.04.2020

an Frau Bundesministerin Karliczek
und die Abgeordneten des Bundestages

Arbeitsbereich für Hochschulpolitik
ASTA Universität Mainz
Staudingerweg 21
55128 Mainz
hochschulpolitik@asta.uni-mainz.de
+49 6131 39 24816

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Abgeordnete

bereits Ende März haben wir die Entscheidungsträger*innen in Rheinland-Pfalz in einem offenen Brief auf die Probleme aufmerksam gemacht, die Studierende aufgrund der Corona-Krise treffen. In den letzten Tagen haben wir aufmerksam verfolgt, welche Maßnahmen in unserem Bundesland, aber auch in Deutschland getroffen werden. Wir sind zunächst froh, dass die Politik die Studierenden nicht vergessen und den Handlungsbedarf erkannt hat. Dennoch möchten wir auf weitere Aspekte im Rahmen der Unterstützung für Studierende verweisen:

1. Studierende brauchen jetzt klare Zusagen über den weiteren Bezug von BAföG. Aufgrund von ausfallenden Prüfungen, den Veränderungen im Veranstaltungsprogramm der Hochschulen und der psychischen Folgen, welche die Pandemie hervorruft, muss damit gerechnet werden, dass viele Studierenden ihr Studium nicht wie geplant vorantreiben können. Diesen Menschen muss jetzt die Sicherheit gegeben werden, dass das kommende Semester nicht auf den Regelerhalt von BAföG angerechnet wird. Studierenden, die auch in diesem Semester aufgrund der Pandemie Prüfungsleistungen nicht erbringen konnten, muss diese Zusage auch für das zurückliegende Semester gemacht werden.
2. Die Anrechnung von Nebenverdiensten auf BAföG nur bei systemrelevanten Berufen auszunehmen ist zu kurz gedacht. Es mag sinnvoll sein, Anreize für Studierende zu schaffen, in systemrelevanten Berufen zu arbeiten. Allerdings haben diese Studierenden zumindest ihren Job nicht verloren. In akuter finanzieller Not sind jetzt Studierende, die ihren Job beispielsweise in der Gastronomie verloren haben. Die wenigsten davon werden ohne Weiteres einen neuen Job finden, geschweige denn einen, der als systemrelevant nun privilegiert behandelt wird. Die Betonung dieses Punktes hinterlässt einen faden Beigeschmack, weil es wirkt, als würden Studierende nicht als Betroffene wahrgenommen.

3. Finanzielle Notlagen Studierender über BAföG abzufangen ist ein wichtiger Ansatz. Das allein wird aber nicht ausreichen. Denn das BAföG ist völlig unzureichend ausgestaltet: Für viele ist der jetzt verloren gegangene Nebenjob die wichtigste Finanzierungsquelle des Studiums. Studierende, die aber kein BAföG erhalten und jetzt durch Jobverlust ohne Einkommen dastehen, müssen JETZT finanziell unterstützt werden. Den meisten ist dabei mit Krediten nicht geholfen, ein Antrag beim BAföG-Amt, dessen Bewilligung mitunter Wochen oder Monate dauert, reicht nicht aus. Auch der jetzige Vorschlag auf dem Bundesbildungsministerium sorgt nur dafür, dass sich Studierende weiter verschulden und ist damit keine konsequente Lösung. Nötig sind Soforthilfen analog zu denen, die Unternehmen zur Verfügung gestellt wurden. Hierbei möchten wir ausdrücklich auf die Initiative Soforthilfe für Studierende (<https://www.openpetition.de/petition/online/soforthilfe-fuer-studierende-jetzt>) aufmerksam machen. Aus der SPD-Fraktion haben wir zu unserer Freude vernommen, dass ein solcher Härtefond in Erwägung gezogen wird. Wir hoffen sehr, dass diese Forderung umgesetzt und auch mit den notwendigen Mitteln versehen wird.

4. Die Lösung finanzieller Probleme Studierender über BAföG bringt Menschen mit studienbedingtem Aufenthaltstitel nichts. Häufig fehlt schon die Antragsberechtigung, zudem muss für die Verlängerung des Aufenthaltstitels ein hoher Betrag auf einem Sperrkonto nachgewiesen werden. Diesen Betrag jetzt aufzubringen ist besonders schwierig, da diese Studierenden erfahrungsgemäß häufig auf einen Nebenjob angewiesen sind, der vielen jetzt weggebrochen ist. Zudem stellt sich die Frage, wie mit ausländischen Studierenden umgegangen wird, die im Moment nicht nach Deutschland einreisen können, hier aber laufende Kosten haben. Wenn Deutschland dem Selbstverständnis als internationaler Wissenschaftsstandort gerecht werden will, muss die Politik Antworten für die Betroffenen finden.

5. Wünschenswert ist außerdem eine bundesweite Regelung zum Umgang mit dem kommenden Sommersemester. Natürlich ist es Sache der Länder, hier Entscheidungen zu treffen. Bundesweit müssen aber gleiche Standards für die Bewertung des kommenden Semesters gelten. Entsteht ein Flickenteppich, wird

Arbeitsbereich für Hochschulpolitik
ASTA Universität Mainz
Staudingerweg 21
55128 Mainz
hochschulpolitik@asta.uni-mainz.de
+49 6131 39 24816

das den Fortgang des Studiums (bspw. beim Wechsel der Hochschule) erheblich erschweren. Dabei sollte man sich dringend daran orientieren, dass Lehrende und Studierende sehr plötzlich vor die Herausforderung gestellt werden, den universitären Alltag digital gestalten zu müssen. Den Lehrenden fehlt es dabei zum Teil an notwendigem technischen Kenntnissen, Studierende haben nicht immer Laptop oder Tablets, die in der digitalen Lehre notwendig sind. Daher möchten wir eindringlich auf die Petition zum „Nicht-Semester“ verweisen (<https://www.nichtsemester.de/cbxpetition/offener-brief/>). Diese fordert, dass Veranstaltungen und Prüfungen soweit wie möglich angeboten werden, die Nichtteilnahme für Studierende aber keinerlei negative Konsequenzen haben darf.

6. In einigen Bundesländern werden aus verschiedenen Gründen Studiengebühren erhoben. Abgesehen davon, dass Bildung ohnehin kostenlos sein sollte, müssen diese Gebühren für das kommende Semester ausgesetzt werden, da schon die Leistungen der Hochschulen nicht im üblichen Umfang angeboten werden. Hier muss der Bund mit den Ländern aushandeln, wie die ausfallenden Zahlungen kompensiert werden können.

Diese Forderungen formulieren wir nicht, um einen Vorwurf zu erheben. Die Corona-Krise kostet Zeit und Kraft aller Entscheidungsträger*innen, vorgefertigte Lösungen für auftretende Probleme liegen nicht einfach in der Schublade. Auch wir können in diesem offenen Brief nur das ansprechen, was in unseren Augen am ehesten einer sofortigen Lösung bedarf. Weitere wichtige Punkte können Sie dem Aktionsbündnis Solidarsemester (<https://solidarsemester.de/>) entnehmen. Uns ist es wichtig, dass beim Umgang mit der Corona-Krise auch Studierende angemessen berücksichtigt werden. Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Frau Ministerin: Wir sind neben anderen jungen Menschen die Zukunft dieses Landes. Nehmen sie uns bitte entsprechend ernst.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'J. Maurer', written over a horizontal line.

i.A. Johannes Maurer

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Jannik Volk', written over a horizontal line.

i.A. Jannik Volk

Arbeitsbereich für Hochschulpolitik
ASTA Universität Mainz
Staudingerweg 21
55128 Mainz
hochschulpolitik@asta.uni-mainz.de
+49 6131 39 24816